

**Dr. Willibold Frehner**

*Country Representative to Vietnam*

Second floor, Rainbow building  
7 Trieu Viet Vuong Street

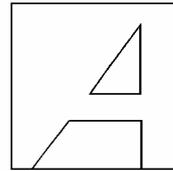
Hanoi, Vietnam

Tel : (0084-4) 9432791 / 9432792

Fax : (0084-4) 9432790

Email : [frehner.kas.hanoi@fpt.vn](mailto:frehner.kas.hanoi@fpt.vn)

Website : [www.kas.de](http://www.kas.de)



**Konrad  
-Adenauer-  
Stiftung**

## **Vietnam 2005: Politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

Die Sozialistische Republik Vietnam (bis 1975 noch: Demokratische Republik Vietnam) wurde, nach der vom späteren Präsidenten Ho Chi Minh angeführten Revolution, am 02. September 1945 als unabhängiger Staat proklamiert. Nach dem Ende der kriegerischen Auseinandersetzungen mit Frankreich (1946 – 1954) und den USA (bis 1975) wurde 1976 der Süden mit dem sozialistischen Norden des Landes wiedervereinigt.

Vietnam ist eine sozialistische Republik mit Einparteiensystem. Mit ihrem Reformkurs verfolgt die Kommunistische Partei Vietnams (KPV) seit 1986 eine Politik der Umgestaltung und Erneuerung, die im ökonomischen Bereich die Einführung einer Variante der Marktwirtschaft brachte und auch im politischen Bereich eine deutliche Bereitschaft zur Öffnung der Gesellschaft hin zu mehr Demokratie und Rechtsstaat zeigt. Trotz erheblicher Veränderungen im wirtschaftlichen Bereich gehört Vietnam noch zu den 20 ärmsten Länder der Welt.

Die Bevölkerung Vietnams umfasst derzeit rund 82 Millionen Menschen. Jährlich drängen durch das Bevölkerungswachstum rund 1,3 Millionen Menschen zusätzlich auf den Arbeitsmarkt. Für das Jahr 2020 kann davon ausgegangen werden, dass in Vietnam rund 120 Millionen Menschen leben werden. Zusätzliche Infrastruktur wie Straßen, Schulen, Kindergärten und vor allem Jobs werden benötigt.

# 1. Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft

Vietnam befindet sich in einer Phase tiefgreifender Transformation, die auch in den kommenden Jahren die aktuelle politische Situation bestimmen wird. Wirtschaft, Gesellschaft und Politik sind dabei, sich neu zu orientieren. Die bereits vollzogenen und noch bevorstehenden einschneidenden Veränderungen in relativ kurzen Zeiträumen lassen sich nicht ohne Friktionen und Widersprüche bewerkstelligen. In diesem Umstrukturierungs- und Modernisierungsprozess werden permanent Fragen des Verhältnisses und der Zuordnung von Regierung, Partei und Wirtschaft gestellt; Konflikte um die Abgrenzung einzelner Interventionsebenen treten immer wieder zu Tage.

Marktwirtschaftlich orientierte Aktivitäten haben allerdings in den letzten Jahren immens zugenommen, auch wenn staatliche Regulierungen und Behinderungen noch systemimmanent sind. Erhebliche wirtschaftliche Verbesserungen und – vor allem in den urbanen Regionen – sichtbare Einkommenssteigerungen bei der Bevölkerung sind positive Ergebnisse der ersten Reformbemühungen.

Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und die Politik der wirtschaftlichen Öffnung führten in den letzten zehn Jahren auch zu gravierenden Veränderungen des politischen Systems und der politischen Machtverteilung. Die Dominanz der Politik (KPV und Regierung) über die Wirtschaft wurde erkennbar verringert, ist aber immer noch sehr stark. Die zuletzt im Jahr 2002 geänderte 5. Verfassung von 1992 hält zwar weiterhin am politischen Primat der Kommunistischen Partei fest, aber mit dem expliziten Auftrag, einen Rechtsstaat zu entwickeln und demokratische Strukturen entstehen zu lassen.

Die Reform der öffentlichen Verwaltung ist ein enorm wichtiger Teil der Erneuerung des politischen Systems in Vietnam. Dezentralisierung, Demokratisierung und Modernisierung sind Orientierungen für die zukünftigen Strukturen der öffentlichen Verwaltung und bei der Ausgestaltung des Staatsapparates.

Die Erfolge des 1986 begonnenen ökonomischen Reformprogramms „Doi Moi“, gingen einher mit einer erfolgreichen internationalen Öffnung des bis Ende der 80er Jahre praktisch ausschließlich auf die Staatshandelsländer fixierten Landes. Erste Ansätze der politischen Transformation hin zu einer westlichen Demokratie sind vorhanden. Die Regierung verabschiedete verschiedene Gesetze (grassroot democracy, Aufbau eines Rechtsstaates,

Dezentralisierung), die demokratische Entscheidungsstrukturen, vor allem auf lokaler Ebene etablieren sollen. Vielen staatlichen Stellen liegt jedoch noch immer ein Demokratieverständnis zugrunde, das nicht westlichen Vorstellungen entspricht.

## **2. Stark wachsende Wirtschaft verlangt politische Veränderungen**

Vietnams Wirtschaft zählt zu den stark wachsenden Volkswirtschaften der Region. Dabei schreitet die Entwicklung in den urbanen Zentren deutlich schneller voran als in den abgelegenen, ländlichen Regionen.

In den vergangenen Jahren hat sich die Größe der vietnamesischen Volkswirtschaft verdoppelt, während sich die absolute Armut von 70 % der Bevölkerung auf etwa 26 % reduzierte. Im selben Zeitraum ist das Volumen vietnamesischer Exporte um durchschnittlich 25 % pro Jahr angewachsen. Die ausländischen Direktinvestitionen (FDI) stiegen von 169 Mio. US-Dollar (1990) auf 1,33 Mrd. US-Dollar (2002). Die Inflation konnte im einstelligen Bereich gehalten und ein im regionalen Vergleich überdurchschnittlich hohes BIP-Wachstum erzielt werden (1998 – 2002 durchschnittlich 6,24 %).

Die wirtschaftliche Entwicklung und der Wunsch nach einer Verbesserung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung sind in Vietnam die Triebfeder für politische Veränderungen. Rechtssicherheit ist eine wesentliche Grundlage für Investoren und für das angestrebte, erhoffte und dringend benötigte Wirtschaftswachstum. Um dieses Wirtschaftswachstum zu garantieren und um Wohlstand zu erlangen, sollen deshalb verstärkt Prinzipien des Rechtsstaats verankert werden. Wirtschaftliches Wachstum mit Wohlstand und eine verlässliche Rechtsstaatsordnung bedingen sich gegenseitig.

## **3. Wandel des Wirtschaftssystems hin zu einer „sozialistischen“ Marktwirtschaft**

Rund zehn Jahre nach dem Ende des Vietnamkrieges (1975) beschloss die Kommunistische Partei Vietnams im Jahre 1986, umfassende Wirtschaftsreformen einzuleiten, um von einer zentralistisch geplanten Angebotsökonomie zu einem stärker marktorientierten Wirtschaftssystem überzuleiten.

Ein erster wichtiger Schritt des Reformprozesses (bekannt unter dem Schlagwort „*Doi Moi*“), zielte auf die Reform der staatlichen Unternehmen und auf die Befähigung solcher Betriebe, im marktwirtschaftlichen

Wettbewerb zu bestehen. Der vormals große Einfluss von Partei und Staat auf die staatlichen Unternehmensführungen musste reduziert werden. Die staatlichen Betriebe mussten allgemein stärker gewinnorientiert ausgerichtet werden und waren gefordert, marktgerechte Produkte für das In- und Ausland anzubieten.

Viele Marktsegmente in Vietnam wurden in einem zweiten Schritt komplett liberalisiert. Heute können kleine Geschäfte Waren aller Art anbieten. Restaurants, Hotels und ein Großteil der Serviceanbieter arbeiten, produzieren und funktionieren nach marktwirtschaftlichen Regeln. Auch viele nationale oder internationale Firmen können nun nach eigenen Entscheidungen Produkte anbieten, vermarkten, verkaufen oder exportieren. Fast der gesamte Agrarsektor wurde in das marktwirtschaftliche System überführt. Den Bauern ist nun erlaubt, zu produzieren, was der Markt wünscht oder fordert. Über 70 % aller wirtschaftlichen Aktivitäten werden heute in Vietnam nach marktwirtschaftlichen Regeln abgewickelt.

Der dritte Schritt war, neue Handelspartner und Märkte zu erschließen. Die traditionellen Handelspartner aus dem Ausland, insbesondere aus dem Ostblock, zeigten in dieser Zeit ebenfalls erhebliche wirtschaftliche Probleme, so dass der Im- und Export für Vietnam erheblich schwieriger wurde. Nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Wegfall der Märkte in Osteuropa musste sich Vietnam völlig neu orientieren und neue Handelspartner in der Welt und vor allem im Westen suchen.

Vietnam hatte ein Transformations- (von zentralistischer Planung zu Marktorientierung) und ein Entwicklungsproblem (von veralteten Produktionsstrukturen zu modernen und effizienten Fertigungen und zu besseren Managementleistungen) gleichzeitig zu lösen. Dazu kam die Notwendigkeit, Im- und Exporte neu auszurichten, um als Wettbewerber auf internationalen Märkten zu bestehen sowie dort geeignete und hochwertige Waren preisgünstig anzubieten.

Die am 15. August 2002 erfolgte Verfassungsänderung unterstreicht die endgültige Abkehr der politischen Führung von einer zentralverwalteten Planwirtschaft und die Festlegung auf eine sogenannte „Sozialistische Marktwirtschaft“ (socialist-oriented market economy).

Weder die Regierung noch die Kommunistische Partei in Vietnam haben bisher im Detail beschrieben, was eine Sozialistische Marktwirtschaft auszeichnet oder kennzeichnet. Oftmals werden in Vietnam Reformen *ad*

*hoc* eingeleitet, ohne zu beschreiben, welcher Zielzustand schließlich erreicht werden soll.

Die Vermutung liegt nahe, dass mit dem Begriff der Sozialistischen Marktwirtschaft der Zustand, der nach den bisher getätigten wirtschaftlichen Reformen eingetreten ist, umschrieben werden soll. Die Beifügung „*sozialistisch*“ soll vermutlich darauf hinweisen, dass an den bisherigen politischen Strukturen, die noch aus dem sozialistischen und kommunistischen System stammen, noch auf absehbare Zeit festgehalten werden soll.

Mit welchen Strukturmerkmalen kann die sozialistisch orientierte Marktwirtschaft in Vietnam umschrieben werden? Betrachtet man die gegenwärtige Ausprägung des Wirtschaftssystems in Vietnam, dann bedeutet Sozialistische Marktwirtschaft: Die Grundlage des Wirtschaftssystems in Vietnam ist so aufgebaut, dass wirtschaftliches Handeln des Großteils der Akteure prinzipiell nach den marktwirtschaftlichen Regeln von Angebot und Nachfrage erfolgt. Korrekturen oder Einschränkungen des marktwirtschaftlichen Systems oder die Korrekturen der Ergebnisse des Marktes werden abgeleitet aus dem noch immer vorherrschenden Grundverständnis der Gestaltung eines sozialistischen Gesellschaftssystems.

Das heutige Grundverständnis eines sozialistischen Gesellschaftssystems in Vietnam beinhaltet weiterhin das Primat der Kommunistischen Partei Vietnams in allen wesentlichen Fragen, die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft betreffen. Das sozialistische Grundverständnis beinhaltet aber auch, dass der staatliche Sektor in der Wirtschaft Vietnams noch immer bedeutend und umfassend bleibt und dass die Politik noch immer große Eingriffs- und Einflussmöglichkeiten auf alle Bereiche der Wirtschaft des Landes hat.

Die Wirtschaftskraft des Landes muss in den nächsten Jahren noch erheblich gesteigert werden, um die Probleme auf dem Arbeitsmarkt anzugehen, die sozialen Probleme zu mildern und um breiten Wohlstand der Bevölkerung zu schaffen.

Die wirtschaftliche Entwicklung Vietnams ist positiver als in den Nachbarländern Kambodscha oder Laos. Gerade das Pro-Kopf-Einkommen zeigt aber noch erhebliche Rückstände zu anderen Ländern in ASEAN, wie Thailand (das Pro-Kopf-Einkommen in Vietnam beträgt lediglich 31 % des Pro-Kopf-Einkommens von Thailand) und Malaysia (22 %) auf. Trotz vieler Fortschritte leben in Vietnam noch immer rund 26 % der Bevölkerung

unterhalb der Armutsgrenze und das insbesondere in den ländlich strukturierten Gebieten (dort sind es über 45 %).

Die Rückständigkeit wird auch durch folgende Zahlen beschrieben: 60 % der Bevölkerung leben noch direkt oder indirekt von der Landwirtschaft. Aber nur 22 % des BSP werden von der Landwirtschaft beigetragen.

Weitere wirtschaftliche Reformen sind dringend nötig, um die Kaufkraft der Bevölkerung zu stärken, um binnenwirtschaftliche Nachfrage zu schaffen, um ausländische Investitionen anzulocken, um den internationalen Handel zu intensivieren und um den Beitritt zur WTO im Jahr 2005 zu erleichtern.

#### **4. Demokratieansätze**

Der Führungsanspruch der KPV als Lenkerin von Staat und Gesellschaft ist verfassungsrechtlich festgeschrieben. Beschlüsse des KPV-Politbüros sind bindend, auch wenn diese zunehmend vom Parlament diskutiert werden. Allerdings reicht seine Macht nur auf die zentrale staatliche Ebene, während Provinzautoritäten einen relativ großen Entscheidungs- und Handlungsspielraum besitzen. Die Toleranz gegenüber parteiinterner Kritik ist in der Vergangenheit erheblich gewachsen. Dies gilt weniger für Opposition außerhalb des Staats- und Parteiapparats. Vereinzelt geäußerte Forderungen nach einem Mehrparteiensystem werden kategorisch zurückgewiesen.

Freie und demokratische Wahlen, vergleichbar mit westlichen Demokratien, gibt es noch nicht. Die letzten „Wahlen“ zur Nationalversammlung (Mai 2002) haben jedoch ein heterogenes Spektrum an Mandatsträgern hervorgebracht (z.B. unabhängige Kandidaten, Vertreter ethnischer Minderheiten und religiöser Gruppen, Unternehmer etc.), als dies bei früheren Abstimmungen der Fall war. De Jure verfügt die zweimal im Jahr tagende Nationalversammlung über das Gesetzgebungs-, Planungs- und Personalernennungsrecht. Sie bestätigt de facto aber noch immer in der Mehrzahl der Fälle, die von den Organen der Partei getroffenen Entscheidungen.

Seit 1996 hat die Nationalversammlung jedoch die Parteiführung zunehmend herausgefordert und eigene Meinungsbildung betrieben. Besonders im Anschluss an die Wahlen von 2002 hat sich die Nationalversammlung zunehmend auch zum Ort relativ kritischer Debatten entwickelt. Oppositionsparteien, unabhängige Gewerkschaften, Verbände sind noch verboten. Zivilgesellschaftliche Gruppen können dann agieren, wenn sie nicht explizit das Herrschaftsmonopol der KPV in Frage stellen.

## **5. Die Kommunistische Partei Vietnams (KPV)**

Vietnam ist ein Einparteienstaat. Die neue Verfassung von 2002 hält weiterhin in Artikel 4 an der Vorherrschaft und Sonderrolle der Kommunistischen Partei mit ihrer Politik des dreifachen Neins fest:

- Kein ideologischer Pluralismus,
- keine formelle Opposition und
- keine Parteien außerhalb der KPV.

Die KPV war und bleibt der Motor der politischen und gesellschaftlichen Reformen in Vietnam:

Mit „Doi Moi“ wurden auf dem VI. Parteitag 1986 Signale für einen umfassenden gesellschaftlichen Wandel gegeben. Geplant wurde die sukzessive Rücknahme der Kollektivierung und die Zulassung privatwirtschaftlicher Marktstrukturen mit der Zielsetzung, den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben. Diese Reformen richteten sich in erster Linie auf die wirtschaftliche Öffnung, denn die Politik sollte weiterhin von der KPV bestimmt werden.

In der neuen Verfassung aus dem Jahr 2002, bekam die Partei den offiziellen Auftrag, die Demokratisierung im Lande voranzutreiben. Konkret wurde die KPV beauftragt, bis zum Jahr 2020 einen sozialistischen Rechtsstaat in Vietnam aufzubauen. Der Innenausschuss der Partei soll Vorschläge erarbeiten, um rechtsstaatliche Strukturen einzuführen und um das Justizwesen neu zu ordnen. Wirtschaft, Justiz und Politik in Vietnam sind davon in hohem Maße betroffen.

Die KPV wird, auch durch die Festschreibung in der Verfassung, noch auf absehbare Zeit die dominierende Kraft in Vietnam sein. Ein freiwilliger Verzicht der KPV auf das Herrschaftsmonopol ist in einem überschaubaren Zeithorizont eher unwahrscheinlich. Die im Vergleich mit anderen kommunistischen Parteien relativ kleine Mitgliederbasis (zwei Millionen Mitglieder bei knapp 80 Millionen Einwohnern) und ein schon seit einigen Jahren anhaltendes Rekrutierungsproblem sind jedoch Faktoren, die eher gegen eine langfristige Absicherung des Macht- und Herrschaftsmonopols der KPV sprechen.

## **6. Mehr Demokratie auf den lokalen Ebenen**

Am 25. April 2004 wurden auf der Provinz-, Distrikt- und Gemeindeebene Wahlen zu den Volksräten (people's councils) durchgeführt. Die Volksräte sind die Parlamente auf der Provinz- und Bezirksebene und der Volksrat ist ähnlich dem deutschen Gemeinderat auf der Stadt- und Gemeindeebene.

Volksräte sowie Volkskomitees fungieren als Lokalparlamente bzw. Lokalregierungen auf Provinz-, Distrikt- und Gemeindeebene. Die Volksräte werden (wie die Nationalversammlung) direkt gewählt und wählen ihrerseits die Volkskomitees der entsprechenden Verwaltungsebenen, wobei das Volkskomitee das Pendant zur Regierung darstellt. Wie auch die Nationalversammlung im Vergleich zur Zentralregierung, so spielen auch die Volksräte in der Praxis eine wesentlich geringere Rolle als die Volkskomitees, die mit ihren unterstellten Ressorts die Lokalregierungen bilden. Die Volksräte sind somit Wahl- und Betätigungsorgan der Volkskomitees.

Da es nur einer Partei erlaubt war (offiziell schlägt die Patriotische Front, eine Massenorganisation der KPV, die Kandidaten vor), Kandidaten zu benennen und aufzustellen, weckte auch das Ergebnis der Wahlen nur lokal begrenztes Interesse. Allerdings gab es erstmals die Möglichkeit, aus Kandidaten auszuwählen und missliebige Kandidaten abzuwählen. Viele Bürgermeister und Bezirksvorsteher verloren ihre Posten. Personen wurden ausgewechselt, auch wenn die meisten der Ausgewechselten der KPV angehören.

## **7. NGO's, Zivilgesellschaft, Grassrootdemokratie**

Die Kommunistischen Organisationen, wie die Einheitsgewerkschaften, die Bauernverbände und die Vaterländische Front, verlieren mehr und mehr an Bedeutung. Nationale Nichtregierungsorganisationen (NGO's), Selbsthilfeorganisationen und Vorstufen von Genossenschaften westlicher Prägung können seit einigen Jahren aktiv sein, so dass erste zivilgesellschaftliche Strukturen zu erkennen sind.

Insbesondere im ländlichen Bereich sind solche Organisationen wichtig, um demokratische Strukturen und Verhaltensweisen zu fördern, um die wirtschaftliche und soziale Situation zu verbessern und um die dort allgegenwärtige Armut zu reduzieren.

Seit 1986 wurden die rechtlichen Grundlagen für die Regulierung des NGO-Sektors aus dem Jahre 1957 in mehreren Schritten überarbeitet. 1989 und

1990 erlassene neue Verordnungen für Massenorganisationen und Assoziationen ermunterten zu nicht-staatlichen Aktivitäten und zur Formierung von Freiwilligenorganisationen. 1992 folgte ein ministerielles Dekret, das die Gründung von Zentren, die wissenschaftliche Forschung, technologische Innovationen und Austausch fördern, erlaubte. 2003 wurde ein weiteres Regierungsdekret erlassen, das vorläufig als Rechtsgrundlage für die Gründung von Assoziationen und für die Arbeit von Organisationen im Non-Profit-Sektor dient.

Neben diesen Dekreten ist die wichtigste rechtliche Grundlage für NGO's der 1998 erstmals verabschiedete, 2003 aktualisierte Erlass für Basisdemokratie. Eine aktive Beteiligung der Bevölkerung bei der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen wird durch die zentralen politischen Instanzen des Landes unterstützt. Der Erlass ermöglicht eine Partizipation der Bevölkerung in allen wichtigen, die Kommunen betreffenden Angelegenheiten und soll das Verständnis der Menschen für die gegebenen Möglichkeiten demokratischer Mitwirkung, eigenverantwortlicher Gestaltung der persönlichen Lebensbedingungen und damit der Entwicklung einer gerechten, zivilisierten Gesellschaft mit neuem Leben erfüllen.

Vietnam hat seit einigen Jahren neben umfassenden Wirtschaftsreformen auch erste Reformen im politischen Bereich eingeleitet, um dadurch mehr Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit zu erreichen und zu garantieren. Seit wenigen Jahren kann die grundsätzliche Bereitschaft der politischen Führung beobachtet werden, vermehrt staatliche Macht rechtsstaatlichen Schranken zu unterwerfen. Vietnam ist insbesondere dabei, auf der kommunalen Ebene mehr Demokratie zuzulassen und gibt die Möglichkeit, diese dort auch zu praktizieren.

## **8. Rechtsstaatliche Strukturen**

Rechtsstaatliche Strukturen sind unabdingbar für demokratische Gesellschaften und einen funktionierenden Staatsaufbau. Demokratische Regeln werden durch den Rechtsstaat festgelegt und garantiert. Rechtsstaatliche Grundsätze sind Voraussetzung für eine freie und selbstbestimmte persönliche Entwicklung und tragen zum sozialen Frieden bei. Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit sind notwendige Rahmenbedingungen für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Auch die Sozialistische Republik Vietnam hat sich zu diesen Grundsätzen bekannt und beabsichtigt, rechtsstaatliche und demokratische Strukturen aufzubauen.

Gewaltenteilung im westlichen Sinn existiert in Vietnam noch nicht. Der Führungsanspruch der KPV ist in der Verfassung festgeschrieben. Die Justiz ist deutlich der KPV nachgeordnet. Einige korrupte Mandatsträger und viele Parteikader, einschließlich hochrangiger Funktionäre, sind aber in publikumswirksamen Prozessen auf der Grundlage der bestehenden Rechtsordnung verfolgt und verurteilt worden. Die „private Nutzung“ von Amt und Mandat, begünstigt durch bestehende politische, rechtliche und verfahrensmäßige Schlupflöcher, ist häufig. Laut Transparency International, gilt Vietnam als zweitkorruptestes Land in Südostasien. Die Korruption wird nun zunehmend durch die intensivierete parteiinterne Kontrolle erschwert. 2002 wurden 120 Amtsträger wegen Korruptionsdelikten inhaftiert.

Die Gewährleistung der bürgerlichen Freiheitsrechte hat sich gravierend verbessert, ist aber weiterhin nur partiell gegeben. Die Unterdrückung ethnischer Minderheiten ist noch evident. Die staatliche Toleranz gegenüber religiösen Vereinigungen nimmt zu, ist jedoch weiterhin selektiv; insgesamt bleibt das verfassungsmäßige Recht auf freie Religionsausübung eingeschränkt.

Die Meinungs- und Pressefreiheit ist nur in Ansätzen verwirklicht: Veröffentlichungen unterliegen staatlicher Zensur. Politische Meinungsäußerungen außerhalb des Parteikonsens sind weiterhin riskant. Zu beobachten ist allerdings, dass Zeitschriften zu wirtschaftlichen Fragen zunehmend offene Kritik üben (und auch üben dürfen).

Die Möglichkeit, Grundrechtsverletzungen durch staatliche Akteure gerichtlich einzuklagen, besteht praktisch nur dann, wenn im Einzelfall ein politisch-erzieherisches Interesse der KPV an der Aufklärung besteht. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen verlaufen Verfahren vor vietnamesischen Gerichten häufig unfair.

Der Begriff des (sozialen) Rechtsstaates (in manchen Verlautbarungen wird von einem sozialistischen Rechtsstaat gesprochen) wurde 2002 von der Nationalversammlung Vietnams in die Verfassung aufgenommen und die Absicht bekundet, diesen in den kommenden Jahren zu realisieren. Wie dieser Rechtsstaat in der Endphase aussehen wird und was seine konkreten Elemente sind, ist bis zum heutigen Zeitpunkt jedoch noch nicht klar dargelegt worden.

## **9. Das Militär**

Das vietnamesische Militär führt ein Eigenleben und verschlingt, trotz umfangreicher Kürzungen der Verteidigungsausgaben, seit dem vietnamesischen Abzug aus Kambodscha (1989) noch immer einen Großteil der verfügbaren Ressourcen. Am Gebaren der Militärs Kritik zu üben, ist nicht erlaubt – die Höhe des Verteidigungsetats ist Geheimsache. Die gut eine halbe Million Mann starke Volksarmee ist, zusammen mit der vier Millionen Mann umfassenden Reserve in den örtlichen Selbstverteidigungseinheiten, nach der KPV noch immer der zweitwichtigste Akteur, auf jeden Fall der zweimächtigste Akteur Vietnams und fest in allen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Sektoren verankert.

## **10. Konsensbildung**

Über die grobe Richtung des wirtschaftlichen Reformprozesses (Doi Moi) besteht unter allen relevanten Akteuren weitgehend Einigkeit, wobei die Vorstellungen über Umfang und Geschwindigkeit einzelner Reformen mitunter im Detail abweichen. Die nur zögerliche Privatisierung von Staatsunternehmen ist ein sichtbares Indiz für weiterhin bestehende Konflikte innerhalb des herrschenden Apparates hinsichtlich der spezifischen Interpretation von „Doi Moi“.

Auch der offene parteiinterne Grundkonsens über das Reformprogramm ist eine relativ neue Errungenschaft. Erst der IX. Parteitag 2001 markierte den endgültigen Sieg der Reformer über die kommunistischen Hardliner innerhalb der KPV. Die Absetzung des eher konservativen Generalsekretärs Le Kha Phieu und die Besetzung des Postens mit Nong Duc Manh, der als Reformler gilt, setzte dabei das deutlichste Zeichen. Trotz einer sich zunehmend gegenüber dem Politbüro emanzipierenden Nationalversammlung erfolgen die wichtigsten Entscheidungen noch immer im Politbüro, das Motor für Veränderung in Wirtschaft und Gesellschaft bleibt und Wohlstand für alle realisieren soll.

## **11. Resümee und Ausblick**

### **Herausragende Ergebnisse:**

Vietnam hat eine Reihe von umfassenden Reformen bezüglich der Wirtschaft des Landes eingeleitet und bemerkenswerte Erfolge verbuchen können. Ein beachtliches Wirtschaftswachstum (rund 6,8 % jährlich zwischen 1996 und 2004), ein zweistelliges Exportwachstum, eine Diversifizierung der Produktions- und Ausfuhrpalette, eine Steigerung des

Pro-Kopf-Einkommens von rund US\$ 337,- in 1996 auf über US\$ 500,- im Jahr 2004 zeugen davon.

Vietnam hat seit einigen Jahren neben umfassenden Wirtschaftsreformen auch erste Reformen im politischen Bereich eingeleitet, um dadurch mehr Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit zu erreichen und zu garantieren. Seit wenigen Jahren kann die grundsätzliche Bereitschaft der politischen Führung beobachtet werden, vermehrt staatliche Macht rechtsstaatlichen Schranken zu unterwerfen.

### **Anstehende Herausforderungen:**

In Vietnam sind in den nächsten Jahren weitere erhebliche Veränderungsprozesse zu erwarten. Durch die Öffnung und Modernisierung der Wirtschaft, die Integration in die Weltwirtschaft, Modernisierungsprozesse z.B. in der Landwirtschaft und Änderungen in der Bevölkerungsstruktur sind erhebliche Umstrukturierungen in Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und im politischen System zu erwarten. Vietnam wird, durch diesen strukturellen und sozialen Wandel vor große Herausforderungen gestellt sein.

### **Ausblick/Prognose:**

- Das Wirtschaftswachstum lag 2003 bei 7,25 % und dürfte 2004 bei 7,50 % liegen. Damit liegt Vietnam nach China an der Spitze in Asien. Auch im Jahr 2005 kann mit einem hohen Wirtschaftswachstum gerechnet werden.
- Die Investitionen im Land haben aufgrund der in den letzten Jahren erfolgten Öffnungstendenzen ein beträchtliches Niveau erreicht, stagnieren aber derzeit. Vietnam muss weitere Anstrengungen unternehmen, die Attraktivität des Landes für Neuinvestitionen zu verbessern.
- Viele Wirtschaftsbereiche wurden liberalisiert und orientieren sich an marktwirtschaftlichen Regeln. Privatisierungen wurden begonnen. Die Privatisierung staatlicher Firmen geht derzeit allerdings nur schleppend voran, gerade die großen Konglomerate wurden noch nicht privatisiert.
- Korruption und Überbürokratie bremsen das Wachstum der Wirtschaft und verteuern Investitionen, Produktion und Handel und schrecken

potentielle Investoren ab (Vietnam steht an 75. Stelle von 99 Ländern der Skala von Transparency International).

- Transparenz der öffentlichen Gewalt, ein offener Diskurs über die Reform von Staat und Gesellschaft (im von der Verfassung vorgegebenen Rahmen) sowie Partizipation und Kontrolle „von unten“ können wesentlich dazu beitragen, die Korruption zu bekämpfen, ein investitionsfreundliches Klima zu schaffen (wer Geld anlegt, erwartet ungeschönte Fakten über das Investitionsumfeld) und nicht zuletzt die vietnamesische Gesellschaft auf die kommenden Herausforderungen der Globalisierung vorzubereiten. Die Meinungs- und Pressefreiheit müssen noch umfassender garantiert werden.
- Die Gesetzgebung im Wirtschaftsbereich muss weiter reformiert werden, das gesamte Rechtssystem muss erneuert werden, rechtsstaatliche Grundsätze müssen verstärkt berücksichtigt werden. Insbesondere muss auch die Durchsetzung bestehender Normen verbessert werden.
- Vietnam hat sich eine umfassende Modernisierung und Dezentralisierung der Verwaltung vorgenommen. Die Fortschritte bei der Verwaltungsreform sind allerdings bisher ungenügend und behindern Investitionen auf Gemeinde- und Provinzebene.
- Die Produktion und der Export, insbesondere von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, sind gewaltig gestiegen. Die Qualität der Produkte muss nun aber erheblich verbessert werden, um die Exportzahlen zu steigern; dazu sind qualifizierte Fachkräfte auszubilden.
- Es gibt keine Alternative zu einem Beitritt in die WTO im Jahr 2005 oder 2006. Ein späterer Zeitpunkt würde den Beitritt nicht erleichtern, sondern eher erschweren.
- Auch nach einem Beitritt zur WTO ist zu erwarten, dass sich weitere gravierende Veränderungen in Wirtschaft, Rechtssystem, Gesellschaft und Politik in Vietnam ergeben und sich die Strukturen des Landes weiter grundlegend wandeln werden.